

BNN  
28.01.2015

# Wohnraum für Asylbewerber gesucht

## Keine Fördermittel für Flüchtlingsunterbringung

Von unserem Mitarbeiter  
Werner Schmidhuber

**Oberhausen-Rheinhausen.** Einen ungewöhnlichen Beschluss hat der Gemeinderat gefasst – und sogar einstimmig. Oberhausen-Rheinhausen verzichtet auf Fördermittel, die es für die Unterbringung von Asylbewerbern gibt.

Da an die Vergabe dieser Gelder weitreichende Bedingungen geknüpft sind, die nach Ansicht des Bürgermeisters

und der Fraktionen eher zum Nachteil gereichen, stellt die Kommune von vorneherein keinen Antrag für die Sanierung des Wohnhauses Amalienstraße 16. Das gilt auch für weitere Liegenschaften und Wohnungen.

„Da sich die Zahl der ankommenden Flüchtlinge weiterhin erhöht hat und ein Ende nicht absehbar ist, wurden in letzter Zeit zahlreiche Änderungen an Gesetzen beschlossen, wodurch die Unterbringung von Flüchtlingen erleichtert werden soll“, informierte Ortsoberrhaupt Martin Büchner. Baden-Württemberg stelle für 2015 und 2016 jeweils einen Betrag von 15 Millionen Euro bereit. Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz sind derzeit noch 4,5 Quadratmeter Wohn- und Schlaffläche pro Asylbewerber zur Verfügung zu stellen. Ab 2016 werden es sieben Quadratmeter sein.

### Gemeinderat lehnt Beantragung ab

Doch für einen erfolgreichen Förderantrag müssen mindestens zehn Quadratmeter nachgewiesen werden.

Anschaulich wog der Rathauschef die Vor- und Nachteile ab: die Inanspruchnahme und Geltendmachung von Wohnflächen, die Kosten für die Unterbringung in Form von Gebäudeankäufen, die möglichen Mieteinnahmen und -ausgaben und die Zeitfenster für die Umsetzung.

Laut Landratsamt hat Oberhausen-Rheinhausen 2015

weitere zwölf Asylbewerber in der Anschlussunterbringung aufzunehmen. Ab 2016 muss mit weiteren – wohl auch höheren – Zuweisungsraten gerechnet werden. Für 2016 sind zwischen 13 und 20 neue Plätze zu schaffen. Die Gemeindeverwaltung geht davon aus, dass auch in den Jahren 2017 und 2018 eine entsprechende Zuweisung von etwa 20 Asylbewerbern pro Jahr erfolgen werde. Dies bedeute, so Büchner, die Aufnahme von 80 Asylbewerbern für die Gemeinde bis Ende 2018. Der Landkreis rechne sogar mit 117 Personen für die Doppelgemeinde.

Was heißt das? Nach Büchners Berechnungen müsste die Gemeinde für 74 Personen auf dem Wohnungsmarkt tätig werden. Die Verwaltung rechnet, wenn ein höherer Platzbedarf aufgrund der Förderbedingungen zustande käme, mit einem erforderlichen Zukauf von mindestens zehn Gebäuden. In diesem Fall entstehen Ausgaben von knapp drei Millionen Euro. Trotz Förderung verblieben dann Kosten von 2,2 Millionen Euro. Ohne Berücksichtigung der Förderauflagen kann die Gemeinde nahezu die doppelte Anzahl von Personen pro Gebäude unterbringen. Peter Brand (SPD) sprach von einem „unmoralischen Angebot“ des Landes, das mit Fördermitteln locke und an eine Auszahlung viele hohe Anforderungen knüpfe. Auf den engen finanziellen Spielraum der Gemeinde verwiesen Werner Most (CDU) und Peter Hoffmann (FW). Kritik an den unzureichenden 15 Millionen für das ganze Bundesland übte Thomas Zieger (FÖDL). Die Gemeinde müsse ihren eigenen Weg gehen.



IN DIESEM HAUS in der Amalienstraße soll eine erste Anschlussunterbringung für Asylbewerber entstehen. Foto: ber